

# Arbeiterstimme



Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationalen . Dresden  
Verbreitungsgebiet Ostschlesien . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 11. August 1932 Nummer 180

## Antifaschisten auf den Posten!

# Hitler soll Reichsfinanzler werden

Das Zentrum zur Isolierung der Hitlerregierung bereit . Die Sozialdemokratie weiter an der Wegbereitung der faschistischen Diktatur . Arbeiter rüstet zum Kampf gegen die Pläne der Reaktion

Berlin, 11. Aug. (Sig. Drahtb.)

Hindenburg ist gestern in Berlin eingetroffen und hatte eine Besprechung mit Papen, worauf das Reichsministerium am Nachmittag zu einer längeren Sitzung zusammentrat. Von der Sitzung wurde ein Bericht nicht herausgegeben, doch zeigten Pressemitteilungen daraufhin, daß die Absicht besteht, Hitler die Kanzlerwürde der neuen Regierung zu übergeben. Eine Reihe von rechtsradikalen Zeitungen erklärten, daß mit der Ernennung baldigt zu rechnen ist. Reichsminister soll Gregor Strasser werden. Es ist geplant, neben weiteren Nazis Führern wie Fiedler und hier auch eine Anzahl von Ministern des Papentabinetts in die neue Regierung hineinzunehmen. Offiziell wird allerdings behauptet, daß die Berufung Adolf Hitlers als Reichsfinanzler noch nicht bestimmt sei. Hindenburg wird heute oder morgen nach Hitler empfangen. Gestern hat Hindenburg mit Hugenberg verhandelt. Heute werden die Zentrumsvertreter Jores und Holz empfangen. Das Zentrum ist für Beteiligung an der Regierung.

Verhütung und viele Führer bei Hitler als dem „kleinsten Uebel“ gelände. Die sozialdemokratischen Arbeiter werden hier ihren Führern die Gefolgschaft versagen und aus dem jahreslangen Terror ihrer Führer die Konsequenzen ziehen, daß sie gemeinsam mit den parteilosen, christlichen und kommunistischen Arbeitern gegen Hunger und Faschismus, gegen die Ausrichtung der nationalliberalen Diktatur kämpfen. Antifaschisten auf die Straßen! Faschismus, in Antifaschistischer Aktion zu den außerparlamentarischen Kämpfen, zum Massenstreik in den Betrieben, zum Kampf an den Stempelrollen.

## Verfassungstag 1932...

Die Republik befindet sich in einer solchen Verfassung, daß die erste Frage, die sich an diesem Verfassungstage aufdrängt, die ist, was denn nun eigentlich von der Weimarer Verfassung noch übrig geblieben ist. Die Staatsgewalt, die nach Artikel 1 der Verfassung „vom Volke“ ausgehen soll, geht offenbar von einem Häuflein Junker, Generalen und Trübsinnigen aus. Parlamente werden zwar gewählt, sie haben aber nichts zu sagen, Kongressen werden durch Reichswirtschaftler abgesetzt und die Außertraktierung aller sogenannten demokratischen Grundrechte durch den Ausnahmeartikel 48 wird von der Ausnahme zur dauernden Regel. Wenn also von der Verfassung kaum mehr übrig ist als der Artikel 48, der dem Reichspräsidenten die Vollmacht gibt, alle Rechte der Staatsbürger auszuüben und gestützt auf die Reichswehr zu regieren, so ist damit nur der wesentliche Charakter der Weimarer Republik verloren zum Ausdruck gekommen: die Diktatur des Kapitals, die Rechtslosigkeit der werktätigen Massen. Die Einsetzung von Standgerichten, welche revolutionäre Arbeiter, die sich gegen den Faschismus zur Wehr setzen,

aus den Nachrichten über die Verhandlungen kann man entnehmen, daß die Nazis neben verhärteten Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse nichts anderes fordern, als eine möglichst große Anzahl von Ministerialen und Beamtenposten. Nur durch die Schwerezeiten der letzten Wahlperiode wurde der Nazisführer die Verzögerung der neuen Regierungsbildung zu verhindern.

Die Regierung soll als „Verständlichkeitsregie“ getarnt werden. Auch die Schleier und Papen nahe dem Reichstag. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt in ihrer gestrigen Abendausgabe, daß „erhöht“ mit der Möglichkeit einer Kanzlerdiktatur des nationalsozialistischen Parteiführers verbunden wird. Gemäß den Forderungen der Nazis soll Strasser das Reichsministerium übernehmen und damit zugleich Reichsstaatsminister für Preußen werden und Fiedler soll Reichsminister werden. Von den übrigen Ministern der jetzigen Regierung soll Papen das Außenministerium an Stelle Neuraths übernehmen und der bisherige Außenminister v. Gumbel soll Kommissar in Ostpreußen werden.

Das Zentrum ist bereit, eine Regierung mit Hitler als Kanzler zu unterstützen; das wird bestätigt durch die Hugenberg'sche „Nachtausgabe“, die mitteilt:

„Das Zentrum steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Zentrumspartei ein derartiges Kabinett unterstützen werde.“ Im gleichen Sinne erklärt auch das „Berliner Tageblatt“: „Soweit man hört, wäre... das Zentrum bereit, eine Kanzlerkandidat Hitlers hinzunehmen.“

Die Sozialdemokratie legt ihre Unterstützung der nationalliberalen Diktatur und ihre Wechselseitigkeit der Hitler fort. Der Abend-„Vorwärts“ rechtfertigt allgemein eine überparteiliche Präsidial-Regierung. Zu der in Zusammenhang mit der Ernennung Hitlers zum Kanzler schreibt das Zentralorgan der SPD:

„Der Reichspräsident hat das Recht, jedem Belieben die Wahlrechtsbildung zu übertragen. Er hat aber die Pflicht, die moralische und geistige Qualifikation des Mannes, den er beauftragen will, zu prüfen. Fällt diese Prüfung negativ aus, so kann ihn niemand zwingen, einem Parteiführer, der nur eine Minderheit des Volkes hinter sich hat, den Auftrag zur Kabinettbildung zu erteilen...“

Wenn aber Hindenburg die „moralische und geistige Qualifikation“ Hitlers für gegeben ansetzt, dann haben die SPD-Führer nichts dagegen einzusprechen, daß Hitler von ihrem Reichspräsidenten zum Kanzler ernannt wird. Kein Wort der Unterstützung der Arbeiterklasse gegen die nationalliberalen Regierungspläne der Bourgeoisie. Das charakteristischste die sozialdemokratischen Führer als die willfährigen Hüter der kapitalistischen Diktatur gegen die Arbeiterklasse. Am 12. Jahrestag der

von dem neuen Terrorakt der Nazis in Freital. Sie gliedert sich gegebenenfalls mit allen Mitteln gegen diesen Mordterror anzukämpfen.

## Kampf gegen Nazimordterror

Freitaler und Dresdner Betriebe zum Bombenanschlag auf die Volksbuchhandlung

Durch die Initiative der Antifaschistischen Aktion nahmen gestern 20 entlassene Vertreter der Freitaler Betriebsbelegschaften zu dem Bombenanschlag auf die SPD-Volkshandlung Stellung und leiteten nach eingehender Diskussion einstimmig folgende Entschlüsse:

„Die Faschisten haben auf die Volksbuchhandlung ein Bombenattentat verübt. Größte Gefahr ist im Bereich der werktätigen Deutschen, daß dieselbe Schicksal bereitet werden wie der italienischen Arbeiterklasse. Mit blutigem Terror soll die Arbeiterklasse unterdrückt werden.“

Die Freitaler Betriebsräte fordern höchste Alarmbereitschaft von der Arbeiterklasse, die nicht zögert, sich mehr und kampfbereit abzuzeichnen zu lassen. In allen Betrieben müssen die Belegschaften zur faschistischen Kapitaldiktatur Stellung nehmen.

Keine Belegschaft darf mit Nazis zusammenarbeiten. Sorgt durch entsprechende Kampfmaßnahmen dafür, daß die Faschisten aus den Betrieben verschwinden. Der Terror der Nazis kann nur gebrochen werden, wenn die Belegschaften den Kampf aufnehmen.

In jedem Betrieb müssen sofort alle Vorbereitungen zur Auslösung des Streikereits getroffen und in jeder Fabrik antifaschistische Massenbelegschaften organisiert werden. Macht mobil zur Antifaschistischen Aktion.“

Nach die sozialdemokratischen Betriebsräte klammerten für diese Entschlüsse und in der sehr lebhaften Diskussion kam die Stimmung der Belegschaften zum Ausdruck, die einmütig die völlig passive Haltung der SPD scharf verurteilten.

### Dresdner Betriebe zum Naziterror

Gestern mittag nahmen die Straßenbahner des Straßenbahnbesetzungsrates an einer Versammlung zum Bombenanschlag in Freital Stellung und nahmen gegen zwei Stimmen eine Entschlüsse an, in der sie ebenfalls zum Massenstreik gegen Naziterror und zur Bildung von Massenbelegschaften aufriefen.

Bei einer Stimmabstimmung teilte gestern die Gesamtbelegschaft des K. u. M. - Tabaklagers folgenden Beschlus: „Die am 10. August veranlassete Belegschaft des K. u. M. - Tabaklagers überläßt, nimmt mit Entrüstung Kenntnis

### Distussion über Naziterror

In den Straßen Freitals diskutierten gestern größere Trupps von Arbeitern über den Nazimordanschlag, wobei es sich zeigte, daß auch ein Teil kommunistischer Arbeiter noch nicht begriffen hat, um was es bei den Anschlägen der Nazis geht. So war vornehmlich von revolutionären Arbeitern zu hören, daß sie zu den SPD-Kollegen sagten: „Es ist auch ganz recht, daß die Nazis einen Laden verheizen haben.“ Die Klassengenossen, die aus der ehrlichen Überzeugung heraus, daß die sozialdemokratischen Zeitungen und die SPD-Literatur im Dienste des Kapitalismus die lähmende Passivität in der Arbeiterklasse organisiert und den Widerstand gegen die faschistische Diktatur hemmt, der Meinung sind, daß dieses Attentat der Massenbewegungen Arbeiterklasse nichts anheht, irren sich. Alle sozialdemokratischen Unternehmungen, die Volks- und Gewerkschaftsbürokraten sind mit den Gräueltaten der Arbeiterklasse erstickt. Die nationalliberalen Terrorbanden leiten mit den Anschlägen auf kommunistische Funktionäre, auf Gewerkschaftsbürokraten und dergleichen jenen weissen Terror ein, der ihnen in Italien auf demselben Wege die Bahn freimachte zur blutigen Niederschlagung der Gesamtarbeiterklasse. Auch der Billundfaschismus in Polen begann mit diesen Terrorakten und das damalige Zentralkomitee unserer polnischen Arbeiterpartei machte den historischen Fehler, die Bombenattentate zu negieren.

Es geht bei der Abwehr faschistischer Terrorakte nicht um die Erhaltung der Brutstätten sozialdemokratischer Bourgeois, es geht um die entschlossene Abwehr jedes Versuches der kapitalistischen Terrorbanden, in den Industriebezirken durch Anschläge die Arbeiterklasse einzuschüchtern. Es geht um die Massenmobilisierung der gesamten Arbeiterklasse zur Antifaschistischen Aktion gegen Hunger und Faschismus, in deren Verlauf auch die sozialdemokratischen Arbeiter leben und begriffen werden, daß ihre Führer jenseits der Barrikaden stehen. Es geht darum, Volks- und Gewerkschaftsbürokraten in diesem Kampf wieder zu Einrichtungen der Arbeiterklasse zu machen, von deren Größe sie erben, aber von den verräterischen Führern der SPD zu Säulen der kapitalistischen „Ordnung“ gemacht wurden.

### Polizeitation in Berlin

Berlin, 11. August. (Sig. Drahtb.)  
Der Berliner Polizeipräsident hat wieder vier Arbeiterlotsen im Norden Berlins durchsuchen lassen. Gefunden wurde nichts. Wie er auch einmal ein nationalsozialistisches Lokal im Westen durchsuchen ließ, wurden fünf Armeepistolen und eine Walther-Pistole gefunden. Keiner der Nazis wurde verhaftet.

# Heute alles zur Antikriegskundgebung!

Die Antikriegskundgebung der Dresdner Antifaschisten ist der Massenaufmarsch gegen faschistischen Blutterror und drohende Hitlerregierung! Zehntausende geloben auf der Igelkampfbahn rücksichtslosen Kampf gegen Imperialismus!